



Presseinformation

Berlin, den 10. November 2006

Konjunktureller Rückenwind täuscht über Ideenlosigkeit der Großen Koalition hinweg

von Anja Hajduk, Anna Lührmann und Alexander Bonde, Mitglieder der AG Haushalt der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, anlässlich eines Pressestatements am 10. November 2006 in der Bundespressekonferenz zur Verabschiedung des Bundeshaushalts 2007 im Haushaltsausschuss

Die haushaltspolitische Bilanz der Großen Koalition glänzt nur auf den ersten Blick. Doch keinesfalls sollte man am Lack kratzen. Die Neuverschuldung konnte gegenüber dem Haushaltsjahr 2006 trotz Steuermehreinnahmen in Höhe von 17,9 Milliarden Euro und Erlösen aus Privatisierungen von 9,2 Milliarden Euro, nur um 11,4 Milliarden Euro zurückgeführt werden. Trotz sehr guter wirtschaftlicher Rahmendaten senkt die Große Koalition die Nettokreditaufnahme gerade einmal auf 19,6 Milliarden Euro.

Tab. Übersicht über Haushaltseckdaten 2006 und 2007 in Mrd. Euro

	2006	2007	Änderung (in Mrd. Euro)
Steuereinnahmen	202,6	220,5***	+ 17,9
Privatisierungserlöse	6,8*	9,2*	+ 2,4
Nettokreditaufnahme	31,0**	19,6*	-11,4
Ausgaben	261,6*	270,5	+ 8,9

* Soll-Ansatz; ** Derzeit realistisches Ist-Ergebnis; *** laut Bereinigungssitzung 09.11.2006

Die Große Koalition betont unermüdlich ihre Konsolidierungsanstrengungen auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite. Letzteres bleibt in der Summe jedoch ein Märchen aus der haushaltspolitischen Fabelwelt. Die signifikanten Einsparungen wurden auf Kosten der Sozialversicherungsträger erbracht. Der vom Bund zu entrichtende Rentenversicherungsbeitrag für ALG-II-Empfänger wird im kommenden Jahr von 78 Euro auf 40 Euro abgesenkt werden (Minderausgaben: – 2,1 Mrd. Euro). Ähnlich sehen die vermeintlichen Konsolidierungsbemühungen auf Kosten der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) aus. Der Steuerzuschuss wird kommendes Jahr auf 2,5 Milliarden Euro abgeschmolzen (Minderausgaben: - 1,7 Mrd. Euro). Im konzeptionslosen Hauruckverfahren wurde in letzter Minute eine zusätzliche Steuermilliarde zugeschossen. In der Summe kürzt die Große Koalition bei den Renten- und der Gesundheitsausgaben rund 3,8 Milliarden Euro. Vollmundig als Konsolidierung auf der Ausgabenseite verkauft, ist es jedoch

nichts anderes als eine Lastenverschiebung hin zu den Sozialversicherungen. Steigende Beiträge in der Renten- und Krankenversicherung sind die Folge. Konsequenzen einer planlosen Politik, die zweifach schmerzt: Die Versicherten im Geldbeutel und den Arbeitsmarkt durch hohe Lohnnebenkosten.

Ziel verfehlt – Lohnnebenkosten bleiben über 40 Prozent

Die Große Koalition dreht sich bei den Lohnnebenkosten im Kreis. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) verbucht erstmals seit Jahrzehnten wieder einen Überschuss und finanziert dadurch mehrheitlich die Senkung des Beitrages auf 4,2 Prozentpunkte. Die Lohnnebenkosten sind trotzdem noch immer von der 40-Prozentmarke entfernt. Mit der Großen Koalition steigt nicht nur die Mehrwertsteuer um 3-Prozentpunkte, sondern auch die Beiträge zur Rentenversicherung (+ 0,4 Prozentpunkte) und zur Krankenversicherung (bis zu + 0,7 Prozentpunkte). Die Große Koalition verfolgt bei den Lohnnebenkosten einen konzeptionslosen Zickzackkurs. So bestimmt sich der Zuschuss zur Krankenversicherung lediglich nach der Höhe der konjunkturbedingten Mehreinnahmen: Ein untauglicher Versuch der Großen Koalition, ihre mangelnde Reformfähigkeit im Gesundheitsbereich zu kaschieren. Allein bei der Arbeitslosenversicherung gibt es also eine Entlastung, die aber nicht diese Regierung zu verantworten hat. Mit ihrer Mutlosigkeit bei der Senkung der Lohnnebenkosten verpasst die Große Koalition die Chance, dauerhafte Impulse für die Reduzierung der Arbeitslosigkeit zu setzen.

Tab. Übersicht über Entwicklung SV-Beiträge vor und mit Große Koalition

	Entwicklung ohne Maßnahmen und ohne MwSt-Erhöhung der Großen Koalition	Entwicklung mit Maßnahmen und mit MwSt-Erhöhung der Großen Koalition	Bemerkung
AL-Versicherung	5,2	4,2	Absenkung um 1,3 Prozentpunkte kann die BA aus eigenen Mitteln finanzieren.
Rentenversicherung	19,5	19,9	Steigerung + 0,4% zum 1.1.2007
Krankenversicherung	14,3	15,0	Schätzerkreis der Kasse rechnet mit Steigerung bis zu 0,74 Prozentpunkte
Pflegeversicherung	1,7	1,7	ohne Änderung
Summe	40,7	40,8	

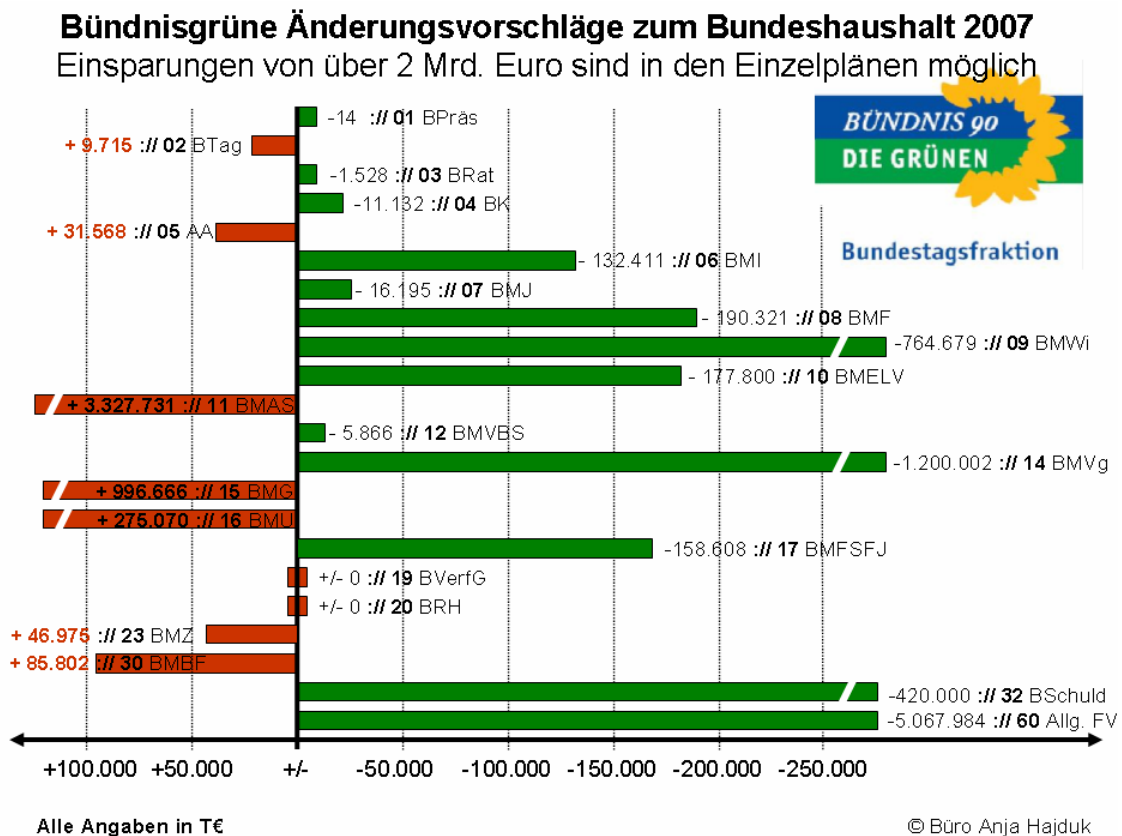
Zukunftsfähigkeit verfehlt – Investitionsquote stagniert

Die Ausgaben steigen gegenüber dem Jahr 2006 um 8,9 Milliarden Euro (+ 3,4 Prozent) auf 270,5 Milliarden Euro. Auch nach einer Bereinigung der Ausgaben um die haushaltsneutrale Weiterleitung eines Umsatzsteuerpunktes (6,46 Mrd. Euro) an die Bundesagentur für Arbeit (BA) ergibt sich noch immer eine Ausgabensteigerung von 2,4 Milliarden Euro (+ 0,9 Prozent). Nicht nur die Ausgabenentwicklung, sondern auch die Frage der Zukunftsfähigkeit schwarz-roter Haushaltspolitik steht unter einem schlechten Stern. Die Investitionsquote stagniert gegenüber dem Vorjahr auf dem gleichen Niveau (8,9 Prozent). Gestern hat die Große Koalition noch einmal großzügig rund 300 Millionen Euro für größtenteils investive Projekte verteilt. Diese Maßnahmen wurden im Gegenzug aber nicht solide gegenfinanziert. Verwendet werden soll ein Minderbedarf bei der knappschaftlichen Renten-

versicherung, der sich aus der konjunkturellen Lage ergibt. Einsparungen bei gesetzlichen Leistungen für zusätzliche Ausgaben bei Einzelmaßnahmen zu verwenden, läuft einer soliden Haushaltspolitik zuwider.

Grüne Zukunftsideen – auch im Heute schon teilweise Realität

Haushaltskonsolidierung bei gleichzeitiger Schwerpunktsetzung ist möglich. Mit über 350 Änderungsanträgen während der Haushaltsberatungen haben wir gezeigt, dass realistische Einsparungen von über 3,3 Milliarden Euro möglich sind und dabei eine ausgewogene Schwerpunktsetzung in den Zukunftsbereichen Umwelt, Entwicklungszusammenarbeit sowie der Forschungs- und Bildungspolitik gelingen kann. Einige der von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vehement geforderten Änderungen wurden von der Großen Koalition unter dem eigenen Namen als Antrag eingebracht. Während den Haushaltsberatungen dazugelernt hat die Große Koalition bei der Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Strukturprojekte gegen Rechtsextremismus. Erst wurde die grüne Etataufstockung um 5 Millionen Euro abgelehnt, um dann unter schwarz-roter Flagge einen Monat später angenommen zu werden. Gleiches Spiel bei den Zuschüssen für die Ökoheizungen (Marktanreizprogramm): Der von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN gestellte und von der schwarz-roten Koalition abgelehnte Änderungsantrag für eine Aufstockung wurde als Plagiat von den Regierungsfractionen später selber eingebracht. Auch bei der Steinkohlesubvention ist der Regierung so langsam ein Licht aufgegangen. Zuviel Kohle für die Kohle, sagen wir schon seit langem. Die Subventionen werden nun das erste Mal wegen des gestiegenen Weltmarktpreises um 114 Millionen Euro reduziert. Ein Schritt in die richtige Richtung. Ein Vielfaches wäre jedoch möglich gewesen. An so mancher Stelle hat der schwarz-rote Etat deswegen zum Glück grüne Farbkleckse abbekommen.



Wir schlagen vor, die bisherige Einsparvorgabe beim Personal von 1,5 Prozent auch im kommenden Jahr zu erbringen. Minderausgaben von 120 Millionen Euro könnten erreicht werden. Zusätzliche pauschale Kürzungen der sächlichen Verwaltungsausgaben (z.B. Dienstreisen, Veröffentlichungen, u.a.) um lediglich 10 Prozent könnten zu weiteren Einsparungen von 222 Millionen Euro führen. Zusammen mit einer konsequenten Fortsetzung des Subventionsabbaus (z.B. sukzessive Abschaffung der Ausnahmetatbestände bei der Ökosteuer) summieren sich die grünen Konsolidierungsvorschläge auf 6,17 Mrd. Euro. Im Gegensatz zur Großen Koalition wäre bei diesen ernsthaften Konsolidierungsbemühungen eine Nettokreditaufnahme von 15,8 Mrd. Euro möglich.

Bündnisgrüne Haushaltsbilanz 2007

Einsparungen Einzelpläne	- 3.373.013 T€
Subventionsabbau	- 2.451.000 T€
Personaleinsparungen	- 120.000 T€
Verwaltungseinsparungen	- 222.000 T€
<hr/>	
Summe	- 6.166.013 T€



Perspektiven entwickeln: 6 grüne Zukunftsthemen für das Jahr 2007

Gestaltung und Konsolidierung schließen sich nicht aus. In den Haushaltberatungen haben Bündnis 90/ DIE GRÜNEN gezeigt, was unter einer zukunftsorientierten Haushaltspolitik zu verstehen ist.

1. Klimaschutz: Reden ist Silber – Handeln ist Gold

Wir wollen einen Klimaschutzfonds auflegen, der für praktische Anleitungen, mehr Information und finanzielle Unterstützung für die Energieeinsparung sorgt. Dafür werden nach unserem Vorschlag jährlich 500 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, die im kommenden Jahr durch Einsparungen bei den Kohlesubventionen finanziert werden sollen. Nach der EU-Richtlinie zum Emissionshandel ist es ab 2008 erlaubt, 10% der Zertifikate zu versteigern. Eine Versteigerung hätte nicht nur den Vorteil, dass mehr Mittel für den Haushalt generiert werden würden. Sie würde auch stärkere Anreize für klimafreundliche Investitionen setzen und einen Teil der ungerechtfertigten Extraprofiten der Stromkonzerne abschöpfen. Vor allem die Energieeinsparung bietet riesige wirtschaftliche Potenziale.

2. Auf Köpfe setzen – Hochschulpakt zusätzlich verstärken

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN haben sich in den Haushaltberatungen für zusätzliche Investitionen in Köpfe eingesetzt. Dafür haben wir 120 Mio. Euro als Aufstockung für den Hochschulpakt gefordert, um den Bundesländern die Chance zu eröffnen, auf die bereits zum Sommersemester 2007 steigenden Studierendenzahlen zu reagie-

ren. Die Große Koalition hat jedoch die Zeichen der Zeit nicht erkannt und die grünen Änderungsvorschläge abgelehnt.

3. Entwicklungszusammenarbeit betrifft uns Alle

Noch immer ist die Einhaltung des „0,7%-Ziels“ für Entwicklungszusammenarbeit in weiter Ferne. Die dieses Jahr eingestellten zusätzlichen Ausgaben reichen nicht aus, um bis 2015 die 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erreichen. Um den eingegangenen Verpflichtungen gerecht werden zu können, brauchen wir beispielsweise die Einführung einer Ticket-Tax. Doch die Große Koalition ignoriert dieses Finanzierungsinstrument und verpasst den Anschluss an Länder wie Frankreich und Großbritannien.

4. Zukunft der Arbeit gestalten

Durch die Einführung des Progressivmodells entstehen neue Chancen für diejenigen, die bisher außerhalb oder am Rande des Arbeitsmarkts stehen. Nach dem Progressiv-Modell soll gelten: Je geringer das Einkommen desto geringer der von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu zahlende Sozialabgabensatz und desto höher der jeweilige Steuerzuschuss zum Sozialversicherungsanteil. Damit wird die Abgabenbelastung von niedrigen Einkommen reduziert. Davon profitieren Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleichem Maße. Vom Bruttolohn bleibt mehr beim Arbeitnehmer, ohne dass sich der Leistungsanspruch gegenüber der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung verringert. Arbeitgeber tun sich leichter, neue Arbeitskräfte einzustellen. Die Einführung kostet rund 15 Milliarden Euro, die aus den Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit und mit einer schrittweisen Erhöhung der Mehrwertsteuer – anstatt einer 3-prozentigen Erhöhung zum 1. Januar 2007 - gegenfinanziert werden sollen.

5. Zukunftsthema Integrationspolitik vorantreiben anstatt zu behindern

Die Mittel für die Integrations- und Sprachkurse bleiben auf niedrigem Niveau. Ein dring notwendiges Nachjustieren bei den Qualitätsansprüchen ignoriert die Große Koalition beflissentlich. Mit den von uns gestellten Änderungsanträgen haben wir gezeigt, dass durch Umschichtungen innerhalb des Einzelplans des Bundesinnenministeriums zusätzliche Mittel problemlos zur Verfügung gestellt werden könnten.

6. Bei der Bundeswehr müssen alte Zöpfe abgeschnitten werden

In der Verteidigungspolitik bietet die Große Koalition keine Überraschungen. Zukünftigen Herausforderungen verweigert sich das Bundesverteidigungsministerium mittels einer Vogel-Strauß-Politik und fordert trotzdem mehr Geld. Das Verteidigungsministerium muss sich von alten Zöpfen trennen, wie der längst antiquierten Wehrpflicht und dem Kalten-Krieg-Beschaffungsprogramm PARS III. Um Spielraum für heutige und zukünftige Einsatzszenarien zu erhalten, muss sich die Bundeswehr von versunkenen Zeiten verabschieden.